

Hintergrundpapier

Nr. 7 / Februar 2010

Subsahara-Afrika:

Tendenz zum Rückgang von Freiheit in 2009

von Feline Freier¹

Renommierete Think Tanks wie Freedom House, die Bertelsmann Stiftung und die Heritage Foundation verzeichnen für die Region Subsahara-Afrika für das vergangene Jahr eine Negativentwicklung. Mit besonderem Augenmerk auf den Freedom House Index und die Demokratiekomponente des Bertelsmann Transformation Index informiert dieser Hintergrundbericht über die aktuellen Entwicklungen in der Region Subsahara-Afrika, die diese negative Tendenz begründen.

Einleitung

Vor zwanzig Jahren, am 11. Februar 1990, wurde Nelson Mandela – weltweite Symbolfigur für friedlichen politischen Widerstand – nach 27 Jahren Haft entlassen. Neun Tage zuvor, am 02. Februar 1990, hatte der damalige südafrikanische Präsident FW de Klerk anlässlich der Parlamentsöffnung eine denkwürdige Rede gehalten, in der er das Ende des Apartheidregimes und den Beginn der Transformation Südafrikas zur Demokratie ankündigte. Er stellte eine neue demokratische Verfassung und das Ende des Verbots regimekritischer Parteien in Aussicht. Die Rede De Klerks und die Freilassung Mandelas erzielten eine immense internationale Wirkung und wurden als Verheißung von Freiheit und Prosperität in der gesamten Region verstanden. Wie ist es 20 Jahre später um die Freiheit in der Region Subsahara-Afrika bestellt?

Dem *Freedom House Index* nach verzeichnete die politische und bürgerliche Freiheit in Subsahara-Afrika im Jahr 2009 große Rückschritte. Auch dem *Bertelsmann Transformation Index 2010* zufolge, der Reformen in Richtung konstitutionelle Demokratie und sozial verantwortliche freie Markt-

¹ Regional Programme Officer der FNF in Johannesburg, Südafrika.

wirtschaft misst, haben sich die politischen Systeme im Jahr 2009 in neun Ländern Subsahara-Afrikas verschlechtert. Ferner schneidet Subsahara-Afrika nach dem *Index of Economic Freedom 2010* (*Heritage Foundation*) in sieben der zehn Kategorien, mit deren Hilfe wirtschaftliche Freiheit gemessen wird, weltweit am schlechtesten ab. Mit besonderem Augenmerk auf den *Freedom House Index* und die Demokratiekomponente des *Bertelsmann Transformation Index* informiert dieser Hintergrundbericht über die aktuellen Entwicklungen in der Region Subsahara-Afrika, die diese negative Tendenz begründen.

Beide dieser Indize aggregieren die qualitativen Expertenbeurteilungen von Ländern zu quantitativen Werten und können so Länderrankings erstellen. Die bedeutendsten Vorteile aggregierter Daten und der Erstellung solcher Rankings sind 1. sie können die Identifizierung von *best practices* und Schlüsselfaktoren für Entwicklungsfortschritte und die Auswahl strategischer Entscheidungen hinsichtlich der Länderauswahl für Entwicklungszusammenarbeit oder wirtschaftlicher Investitionen erleichtern und 2. sie haben den entscheidenden Vorteil, dass sie die Position eines Landes in einer Länderliste zugespitzt und auf transparente Weise dokumentieren.

Die Untersuchung des *Freedom House Index* ist eine der umfangreichsten Messungen weltweit, die 192 Staaten betrachtet. Viele der genutzten Testfragen ähneln Kriterien, die auch bei anderen Demokratie-messungen genutzt werden. Die Kategorie „politische Rechte“ umfasst: die Meinungs- und Glaubensfreiheit, die Versammlungs- und Organisationsfreiheit, den Rechtsstaat und die persönliche Autonomie, sowie Individualrechte. Die Kategorie „politischen Rechte“ untersucht: die Wahlen (frei/nicht frei), das Wahlrecht, politischen Pluralismus und Partizipation, Korruption und die Transparenz der Regierungsarbeit. Der *Bertelsmann Transformation Index* verdichtet die Ergebnisse einer 128 Staaten umfassenden Studie zu zwei Ranglisten: einem Status-Index (Demokratie und Marktwirtschaft) und einem Management-Index, der die Qualität des Transformationsmanagements misst. Der demokratische Entwicklungsstand wird von *Bertelsmann* durch die Kategorien Staatlichkeit, politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Strukturen und politische und gesellschaftliche Partizipation gemessen.

Die Konzeptionalisierung und Messung von „Freiheit“ stellt liberale Politiker und Think-Tanks weltweit vor eine große Herausforderung. Ohne jeden Zweifel gehört die Freiheit zu den wichtigsten, komplexesten und folgenreichsten politisch-philosophischen Begriffen der Neuzeit. Da sich fast alle sozialen, philosophischen und politischen Strömungen allgemein zur Freiheit bekennen, diese aber sehr unterschiedlich definieren, ist eine klare Einordnung des Freiheitsbegriffes im liberalen Sinne notwendig. Das Regionalbüro Südost – und Ostasien der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat in diesem Zusammenhang in einem ambitionierten Projekt den *Freedom Barometer Asia 2009* entwickelt.² Ein Index, der in besonderem Masse die freiheitlich liberalen Werte von politischen, juristischen und wirtschaftlichen Rechten misst, erscheint uns sehr bedeutend und erstrebenswert. In der Zusammenfassung der Ergebniswerte anderer Barometer aus verschiedenen Jahren sehen wir, wie auch von den Autoren selbst angesprochen, ein methodisches Problem.

Aus aktuellem Anlass der negativen Entwicklung, die der *Freedom House Index 2010*, der *Bertelsmann Transformation Index 2010* und der *Index of Economic Freedom 2010* der *Heritage Foundation* der Region Subsahara-Afrika im Jahr 2009 zuschreiben, soll dieses Hintergrundpapier zunächst

² Occasional Paper Nr.5 / Februar 2010, The Freedom Barometer Asia 2009, Dr. Sebastian Braun and Mr. Stefan Schoder.

die Gründe für diesen aktuellen Verlust vor allem von politischer Freiheit, aber auch der Pressefreiheit und wirtschaftlicher Freiheit in der Region beleuchten.

1. Liberales Freiheitsverständnis

Der Freiheitsbegriff, wie er aus dem Zeitalter der Aufklärung hervorging und wir ihn im liberalen Sinne heute verstehen, umfasst auf politischer Ebene die Trennung von Staat und Kirche, eine Begrenzung des Staates durch Grundrechte, die Kontrolle der Staatsgewalt durch Gewaltenteilung und die Legitimierung der Staatsgewalt durch die Demokratie, das heißt durch die Rückbindung an die Interessen seiner Bürger (und nicht etwa durch das Gottesgnadentum oder andere Formen übernatürlicher Auserwählung). Ferner soll sich der Bürger am demokratischen Diskurs beteiligen und seine Interessen in demokratischer Weise in den allgemeinen Willensbildungsprozess einbringen können. Politische Freiheit umfasst die politischen Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten und deren individuelle und auch kollektive Wahrnehmung, d.h. freie Wahlen, Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit.

Der Liberalismus betont besonders die individuelle universelle Freiheit. Schon John Locke postulierte Leben, Freiheit und Eigentum als unveräußerliche Rechte des Bürgers. In *Two Treatises of Government* (1690) erklärt er den Naturzustand für den „Zustand vollkommener Freiheit, innerhalb der Grenzen des Naturgesetzes seine Handlungen zu lenken und über seinen Besitz und seine Person zu verfügen, wie es einem am besten scheint – ohne jemandes Erlaubnis einzuholen und ohne von dem Willen eines anderen abhängig zu sein.“ Auch der ökonomische Liberalismus wird auf das Individuum zurückgeführt und basiert auf der Vertragsfreiheit, dem Schutz des Privateigentums, der freien Berufswahl, dem freien Marktzugang und freiem Wettbewerb. Ökonomischer Liberalismus resultiert in der freien Marktwirtschaft, wo Angebot und Nachfrage möglichst ohne staatliche Lenkung aufeinander treffen.

Es gilt auch festzuhalten, dass der Freiheit im liberalen Sinne ein negatives Freiheitsverständnis nach Immanuel Kant und Isaiah Berlin zu Grunde liegt. Berlin erklärt in *Two Concepts of Liberty* (1958), dass die negative Freiheit (Freiheit von) einen Zustand bezeichnet, in dem keine Mensch von den von anderen ausgehenden Zwängen in seinem Verhalten behindert und seiner Autonomie eingeschränkt wird, solange er die Freiheiten anderer in keiner Weise beeinträchtigt. Die positive Freiheit (Freiheit zu) hingegen bezeichnet einen Zustand, in dem die Möglichkeit der passiven Freiheit auch tatsächlich genutzt werden kann, oder einen Zustand, in dem diese Möglichkeit tatsächlich genutzt wird. Solch ein positives Freiheitsverständnis ist schwer einzugrenzen und kann schnell in Ansprüche auf soziale Gleichheit durch Umverteilung resultieren.

Ralf Dahrendorf³ weist in diesem Zusammenhang auf die wichtige Unterscheidung der unterschiedlichen Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Recht oder gar menschliches Glück hin, welche in politischen Debatten oftmals nur ungenügend differenziert betrachtet werden. Auch ordnet er der Freiheit notwendigerweise bürgerliche Verantwortung zu. Freiheit muss nicht nur einmal erkämpft, sondern permanent aktiv verteidigt werden. Die wichtigsten Rahmenbedingungen für Freiheit sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, freie Marktwirtschaft und die Meinungsfreiheit. Die bedeutendste Gefahr für die Freiheit im 21. Jahrhundert sieht Dahrendorf in autoritären Regimen: hier herrscht eine kleine Personengruppe über die Mehrheit der Bevölkerung, oftmals mit Hilfe eines mächtigen Bürokratieapparats und geduldet durch die Apathie der Massen.

³ Dahrendorf, Ralf, *Dictionary of Liberal Thought*, Duncan Brack and Ed Randall, London, p. 125–130, 2007.

2. Freiheitliche Entwicklung in Subsahara-Afrika

Die der Freiheit verpflichteten Konzepte Demokratie und Marktwirtschaft werden offiziell in fast allen Staaten Afrikas von der jeweiligen Elite, aber auch der Bevölkerungsmehrheit als erstrebenswerte Ordnungskonzepte anerkannt. Allerdings divergiert das Verständnis von Demokratie und Marktwirtschaft innerhalb der verschiedenen Länder und beide Konzepte sind keineswegs in allen Staaten institutionell verfestigt. Entscheidend für den Transformationsprozess Afrikas hin zu mehr liberaler demokratischer Freiheit sind eine funktionierende Verwaltung und ein krisenfestes, an rechtsstaatlichen Prinzipien orientiertes Gewaltmonopol des Staates. Auch für die Entfaltung der wirtschaftlichen Dynamik der Bürger ist ein eingeschränkter aber starker Staat mit Rahmensetzungsfähigkeiten nötig.

Mit Blick auf die historische Entwicklung Afrikas im 20ten Jahrhundert, springen eine Reihe bemerkenswerter Entwicklungen hinsichtlich der Freiheitsentwicklung in der Region ins Auge. Zunächst kamen die vormaligen Kolonialmächte, allen voran Großbritannien in Ghana im Jahr 1957, überraschend schnell zu der Erkenntnis, Afrika in die Unabhängigkeit entlassen zu müssen. Nach der ersten Welle postkolonialer Regierungen in Afrika, die zum Teil einen sozialistischen oder „dritten Weg“ bestritten, setzte auf dem Kontinent nach 1989 eine Demokratisierungswelle ein. Viele Ein-Parteien-Systeme wurden durch Mehr-Parteien-Modelle abgelöst, die jedoch bis heute häufig Fassadendemokratien darstellen. Dennoch gilt es als positiv festzuhalten, dass in den letzten Jahren die politische Differenzierung vieler Parteien zugenommen hat. Auch wurden in Subsahara-Afrika in den letzten Jahrzehnten grundsätzliche wirtschaftliche Freiheiten im Sinne der freien Marktwirtschaft implementiert. Die Pressefreiheit wurde in den meisten Ländern der Region eingeführt. Zudem organisiert sich der politische Liberalismus in Subsahara-Afrika zunehmend regional und kontinental.

Jedoch sieht sich die Region auch vielen Herausforderungen und Hindernisse bezüglich der Fortentwicklung des liberalen Gedankenguts, und ziviler, politischer und wirtschaftlicher Freiheit gegenüber. Eine der größten Herausforderungen besteht im afrikanischen Sozialismus und Nationalismus, der keinerlei individuellen Freiheiten Raum gewährt. Religiöse Intoleranz ist sowohl in islamischen und christlichen Gesellschaften, sowie in traditionellen Kulturen weit verbreitet. Ähnlich führt die oft von Eliten instrumentalisierte, stark emotionale Klanangehörigkeit zur bevorzugten Behandlung oder zum politischen oder sozialen Ausschluss bestimmter ethnischer Gruppen.

Die in der Region grassierende Armut und der damit verbundene Mangel an Bildung stellen eine große Herausforderung für die Fortentwicklung liberalen Gedankenguts und den Zuwachs an bürgerlicher, politischer und wirtschaftlicher Freiheit dar. Menschen mit mangelhafter Bildung – viele von ihnen sind Analphabeten – kennen oftmals ihre Grundrechte und ihre Freiheiten nicht, und haben keinen Zugang zu den existierenden Rechtssystemen. Auch führen Armut und das Fehlen der Chancen auf wirtschaftliche Selbstverwirklichung zu übertriebenem Vertrauen in den starken Vater Staat und zu gesellschaftlicher Apathie. Viele der juristischen Systeme in der Region sind zudem sehr schwach und der Judikativen mangelt oftmals die notwendige politische Unabhängigkeit. Zudem führt der unzureichende Schutz des Privateigentums in vielen Ländern zum Mangel an privatwirtschaftlicher Initiative.⁴

⁴ Siehe auch, "A presentation on the state of Liberalism in Sub-Saharan Africa", Liberalism Online 2009.

3. Politische Freiheit 2009

Dem *Bertelsmann Transformation Index 2010* zufolge liegen neun der 15 Länder, deren politischen Systeme im Jahr 2009 undemokratischer geworden sind, in Subsahara-Afrika. Unter ihnen sind Länder, die einst hohe Erwartungen in Richtung demokratischer Entwicklung weckten, nun aber am Rande der Kategorie „höchst defekte Demokratien“ liegen: Madagaskar, Senegal und Tansania. Negative demokratische Entwicklungen verzeichnet der *Bertelsmann Index* außerdem für Äthiopien und die Zentralafrikanische Republik, und in höherem Ausmaß für Kenia, Nigeria und Südafrika. Positive demokratische Entwicklungen wurden für Angola, Liberia und Togo dokumentiert.

Bertelsmann Transformation Index 2010 ⁵			
Trend Demokratie		Trend Marktwirtschaft	
		Ruanda	↑
Angola	↑	Angola	↗
		Eritrea	↗
Liberia	↑	Liberia	↗
Togo	↑	Malawi	↗
Äthiopien	↘	Mosambik	↗
Senegal	↘	Kenia	↘
Tansania	↘	Simbabwe	↘
Zentralafrikanische Republik	↘		
Kenia	↓		
Madagaskar	↓		
Nigeria	↓		
Südafrika	↓	Südafrika	↘

Dem *Freedom House Report „Freedom in the World 2010“* nach war 2009 das vierte Jahr in Folge, in dem die weltweiten Freiheitsgewinne die Freiheitsverluste nicht aufwiegen konnte. Diese Zeitspanne bedeutet die längste anhaltende Periode eines Rückgangs globaler Freiheit in den letzten 40 Jahren. Zudem sind vor allem die mächtigsten autoritären Regime sowohl repressiver, als auch international einflussreicher geworden. Auch verzeichnet der Bericht einen weltweiten Rückgang an freiem Journalismus wegen vermehrter Verfolgung von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.

Freedom House 2010 ⁶	
	Trends
Burundi	↑
Äthiopien	↓
Demokratische Republik Kongo	↓
Nigeria	↓
Republik Kongo	↓

⁵ <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/atlas/>

⁶ <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=505>

Politische Rechte		Bürgerliche Freiheiten	
Botswana (-)	2-3*	Eritrea (-)	6-7*
Kenia (-)	3-4*	Gabun (- not free)	4-5*
Lesotho (- partly free)	2-3*	Gambia (-)	4-5*
Malawi (+)	4-3*	Guinea (-)	5-6*
Madagaskar (-)	4-6*	Madagaskar (-)	3-4*
Niger (-)	3-5*	Sambia (-)	3-4*
Mosambik (-)	3-4*	Togo (+)	5-4*
Simbabwe (+)	7-6*		

*frei (1,0 bis 2,5), teilweise frei (3,0 bis 5,0), unfrei (5,5 bis 7,0)

Afrika schreibt „*Freedom in the World 2010*“ den stärksten Rückgang an politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten zu. Von den neun am schlechtesten bewerteten „*worst of the worst*“ gehören fünf Staaten zur Region Subsahara-Afrika: Äquatorial Guinea, Eritrea, Libyen, Somalia und der Sudan.

Noch der *Freedom House Report „Freedom in the World 2009“* hatte für die Region eine positive Entwicklung verzeichnet und herausgestellt, dass sich die Zahl der als „frei“ eingestufte Staaten Afrikas von drei im Jahr 1989 auf zehn in 2008 (Benin, Botswana, Cape Verde, Ghana, Lesotho, Mali, Mauritius, Namibia, São Tomé and Príncipe, Südafrika) erhöht hatte.⁷ Im Jahr 2009 verzeichnete die politische und zivile Freiheit in Subsahara-Afrika *Freedom House* zufolge jedoch große Rückschritte: In 15 Ländern nahm die Freiheit ab, in nur vier Ländern nahm sie zu.

Die grünen Länder der nebenstehenden Graphik wurden *Freedom House* nach als „frei“ (Demokratien) eingestuft, die gelben als „teilweise frei“ (hybride Herrschaftsform) und die blauen als „unfrei“ (autoritäre Regime).⁸ Negative Entwicklungen wurden in Äthiopien, Botswana, DR Kongo, Eritrea, Gabun, Gambia, Guinea, Lesotho, Kenia, Madagaskar, Mosambik, Niger, Nigeria, der Republik Kongo, und Sambia. Am wenigsten frei werden die Länder Eritrea, Gabun und die DR Kongo eingestuft. In Guinea, Niger und Madagaskar kam es zu Coup d'Etats, in Guinea massakrierte und vergewaltigte das Militär friedliche Demonstranten. In Kenia wurden die Verantwortlichen für die Gewalt nach den Wahlen 2007 noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen. Nach positiven Entwicklungen einhergehend mit dem Übergang von der Militärherrschaft 1999, kam es in Nigeria zu Wahlfälschung, Korruption und religiöser Gewalt.



3.1. Politischer Freiheitsverlust nach Ländern

Äthiopien

In Äthiopien wird von *Freedom House* wegen der Einengung der politischen Arena im Vorfeld der Wahlen 2010, der Razzien von NGO Veranstaltungen und dem Missbrauch von Antiterrorgesetzen

⁷ Vgl. Worst of the Worst – The Worlds Most Repressive Societies 2009, www.freedomhouse.org

⁸ http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw10/FIW_2010_Map_Africa.pdf

gegen die Opposition ein Abwärtstrend beobachtet. Die vom Parlament verabschiedete Anti-Terror-Gesetzgebung Äthiopiens wird auch von *Amnesty International* als ungerechtfertigt kritisiert. Durch die Gesetzgebung werden die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Aussicht auf faire Gerichtsverfahren stark eingeschränkt, wodurch die Opposition bei den Parlamentswahlen 2010 stark benachteiligt sein wird. Das neue Gesetz bedeutet für die Regierung einen Machtzuwachs, der Missbrauch wahrscheinlich macht. Auch schließt es die Beschädigung von Eigentum und die Unterbrechung jeglicher öffentlicher Dienstleistungen als *“acts of terrorism”* ein und droht für diese Vergehen mit bis zu 15 Jahren Haft oder gar der Todesstrafe. Georgette Gagnon, Leiterin der Afrikaabteilung von *Human Rights Watch* erklärte im Januar 2010: *„Der Angriff der Regierung auf Zivilisten, die Handelsblockade sowie die Einschränkung der Hilfslieferungen sind eine widerrechtliche kollektive Bestrafung von Zehntausenden von Menschen.“* *Freedom House* stuft Äthiopien als „teilweise frei“ ein.

Botswana

In Botswana wurden die politischen Rechte von *Freedom House* wegen mangelnder Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierung zurückgestuft und der Status des Landes rutschte von „frei“ auf „teilweise frei“ ab. Tatsächlich verlor die Regierungspartei *Botswana Democratic Party (BDP)* unter Ian Khama in jüngster Zeit wegen der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und Khama Juniors top-down Regierungsstil an Unterstützung.⁹ Bei den Wahlen am 16. Oktober 2009 gewann die Regierungspartei nur knapp über 50% der Stimmen.

Die Demokratische Republik Kongo (Kongo Kinshasa)

Die DR Kongo wurde von *Freedom House* wegen der Behinderung von Menschenrechtsgruppen durch die Regierung und die zunehmende Gefahr für Journalisten ebenfalls mit einem Abwärtstrend bewertet. Die aktuelle Situation in der DR Kongo ist anhaltend verheerend. Im Nordkivu plündern und desertieren unbezahlte, hungrige Soldaten und arbeiten mit ihren Antagonisten in der *Forces démocratiques de libération du Rwanda (FDLR)* zusammen, die ungebrochen und gut organisiert Land und Bergbau kontrolliert, Abgaben eintreibt und Steuern erhebt. Seit vielen Jahren gibt es in der DR Kongo keine funktionierenden Sozial- und Basisdienste. NGOs nehmen staatliche Aufgaben, wie etwa die Verteilung von Nahrungsmitteln oder die Organisation des Bildungs- und Gesundheitswesens, wahr. Die DR Kongo ist noch immer ein fragiles Mischsystem, ein Staat mit formal-demokratischen Regeln aber autoritäre Strukturen. Das Gewaltmonopol des Staates besteht in weiten Landesteilen nur auf dem Papier und der Übergang zur konsolidierten Mehrparteiendemokratie hat noch nicht stattgefunden. *Freedom House* stuft die DR Kongo als „unfrei“ ein.

Eritrea

Die bürgerlichen Freiheiten in Eritrea wurden von *Freedom House* wegen der Unterdrückung religiöser Minderheiten von Seiten der Regierung, der Dominanz der Exekutive über die Judikative und dem Wehrdienst, der die Bürger Eritreas für lange Jahre ihres Arbeitslebens an den Staat kettet, auf absolute Unfreiheit zurückgestuft. Die südafrikanische Zeitung *Mail&Guardian* schätzt, dass jeder fünfzehnte Eritreer oft noch Jahre nach den 12 bis 18 Monaten Wehrpflicht einbehalten wird.¹⁰ So werden zum Beispiel Lehrer in ländliche Gebiete entsandt und müssen dort für umgerechnet 10 -30 US-\$ pro Monat im nationalen Interesse unterrichten. Mindestens 320.000 Eritreer gehören laut der Weltbank dem Militär an, bei einer Bevölkerung von 4,7 Millionen.

⁹ Africa Confidential, Vol. 50, N.21, 23 October 2009.

¹⁰ <http://www.mg.co.za/article/2008-07-18-in-eritrea-youth-frustrated-by-long-service>

Gabun

In Gabun wurden wegen der Einschränkung der Pressefreiheit im Vorfeld der Wahlen und der staatlichen Gewalt gegen Demonstranten nach den Wahlen die bürgerlichen Rechte von *Freedom House* zurückgestuft und der Status des Landes rutschte von „teilweise frei“ auf „unfrei“ ab. Nach dem Tod von Präsident Omar Bongo Ondimba, der von 1967 bis 2009 im Amt war, wurden am 30. August 2009 Präsidentschaftswahlen abgehalten. Insgesamt traten 17 Kandidaten zu den Wahlen an; unter ihnen Ali-Ben Bongo, der Sohn Omar Bongos als Kandidat der Regierungspartei *Gabonese Democratic Party (PDG)*. Laut dem offiziellen Wahlergebnis gewann er die Wahlen mit 41,7% der Stimmen.

Gambia

Die bürgerlichen Freiheiten in Gambia wurden von *Freedom House* wegen der zunehmenden Kontrolle von Präsident Yahya Jammeh, der 1994 durch einen unblutigen Coup d'Etat an die Macht kam, über die Judikative und den Gewaltandrohungen gegen NGOs zurückgestuft. *Reporters Without Borders (RSF)* sprechen von einer absoluten Intoleranz von Seiten der Regierung gegenüber jeglicher Form von Kritik, mit Morddrohungen, Überwachungen und willkürlichen Verhaftungen von Journalisten. *Freedom House* stuft Gambia als „teilweise frei“ ein.

Guinea

Guineas Bürgerrechte wurden von *Freedom House* auf Grund der repressiven Maßnahmen des Militärs noch weiter zurückgestuft. *Transparency International* zufolge ist Guinea nach Somalia und neben dem Sudan und dem Tschad eines der korruptesten Länder in Afrika. Nach dem Tod von General Lansana Conté (Präsident von 1984–2008) nahm die Militärjunta *Conseil National de la Democratie et du Development (CNDD)* unter Moussa Dadis Camara die Macht an sich. Zunächst wurden Korruptionsbekämpfung, wirtschaftliche Reformen und Präsidentschaftswahlen für Dezember 2010 angekündigt. Auf internationalen Druck wurden die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf 2009 vorverlegt, fanden jedoch nicht statt. Am 28. September 2009 kam es in Conakry zu einem Blutbad durch die Militärregierung. Ungefähr 50.000 Menschen demonstrierten in der Hauptstadt gegen die Militärführung des Landes. Sicherheitskräfte schossen nach Augenzeugenberichten auf die Menschen, mindestens 157 kamen ums Leben. *Freedom House* stuft Guinea als „unfrei“ ein.

Kenia

Kenias Bürgerrechte wurden von *Freedom House* wegen dem Versagen der Regierung, die Gewaltausschreitungen der Sicherheitsdienste nach den Wahlen 2008 aufzuklären zurückgestuft. *Freedom House* stuft Kenia als „teilweise frei“ ein. Auch der *Bertelsmann Transformation Index* ordnet Kenias demokratischer Entwicklung einen klaren Abwärtstrend zu. Ende 2007 kam es nach Wahlfälschung und unterschiedlicher Interpretation der Präsidentschaftswahlergebnisse zu blutigen Aufständen und politisch motivierter ethnischer Gewalt. Präsident Mwai Kibakis von der *Party of National Unity (PNU)* und Raila Odinga von der *Orange Democratic Movement (ODM)* einigten sich 2008 auf eine große Koalition. Dennoch kam es 2009 zu außergerichtlichen Tötungen, vor allem im Kampf der Regierung gegen die religiös-politische kriminelle Gruppierung Mungiki. Gleichzeitig wird vermutet, dass die Regierung Mungiki für Rachemorde rekrutiert.

Lesotho

Die politischen Rechte in Lesotho wurden von *Freedom House* wegen dem anhaltenden Disput über die Sitzverteilung der Legislativen nach den Wahlen von 2008 und dem Scheitern der international vermittelten Verhandlungen zurückgestuft und sein Status rutschte von „frei“ auf „teilweise frei“ ab.

Madagaskar

Die politischen Rechte und Bürgerrechte in Madagaskar rutschten nach *Freedom House* ab. Nach landesweiten Ausschreitungen trat der Präsident Marc Ravalomanana im März 2009 zurück und der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, Andry Rajoelina, übernahm den Vorsitz der Übergangsregierung eines Militärkollegiums. Rajoelina löste das Parlament auf, unterdrückte Aufstände und beschnitt die Pressefreiheit. Die EU und Deutschland verurteilten den gewaltsamen Regimewechsel, die AU sprach von einem „versuchten Coup d'Etat“ und forderte Wahlen innerhalb der nächsten sechs Monate. *Freedom House* stuft Madagaskar als „teilweise frei“ ein.

Mosambik

Die politischen Rechte in Mosambik wurden von *Freedom House* wegen Unregelmäßigkeiten vor und während der Wahlen im Oktober 2009 zurückgestuft. Am 28. Oktober 2009 fanden in Mosambik zum vierten Mal seit Beendigung des Bürgerkriegs im Jahr 1992 Präsidentschafts-, Parlaments- und zum ersten Mal Provinzwahlen statt. Amtsinhaber Armando Emilio Guebuza von der *Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO)* gewann die Präsidentschaftswahlen mit einer deutlichen Mehrheit von 75% der gültigen Stimmen. Mit Abstand folgten Afonso Dhlakama, Kandidat der stärksten Oppositionspartei *Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO)* mit 16,4%, und Daviz Simango von der in diesem Jahr gegründeten Partei *Movimento Democrático de Moçambique (MDM)* mit 8,6%. Es kam zu offensichtlichen Wahlfälschungen, wie einer zu hohen Anzahl von Stimmzetteln in den Wahlurnen. Auch wurde von Unregelmäßigkeiten bei der Zulassung von Kandidatenlisten und einem allgemein unfairen Wahlkampf berichtet. Mosambik verlor daraufhin den Status „elektorale Demokratie“ des *Freedom House Index* und wird als „teilweise frei“ eingestuft.

Niger

Die politischen Rechte im Niger wurden von *Freedom House* wegen der antidemokratischen Bestrebungen von Präsident Tandja Mamadou im Sinne seines persönlichen Machtzuwachses zurückgestuft. Am 4. August 2009 wurde ein Verfassungsreferendum abgehalten, in dem über die Auflösung der fünften Republik und die Gründung der „Sechsten Republik des Niger“ abgestimmt wurde. Die am 18. August 2009 verabschiedete Verfassung – offiziell stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 68,3% rund 93% der Wähler der Verfassungsänderung zu – verleiht Präsident Tandja Mamadou absolute Machtbefugnisse. Es existieren keinerlei Mandatsbeschränkungen mehr und der Präsident kann über die Besetzung der wichtigsten Ämter – wie die der Verfassungsrichter – entscheiden. Die Oppositionsparteien halten das Referendum nach wie vor für verfassungswidrig und kämpfen für die Fortsetzung der fünften Republik. Nachdem der Präsident das Parlament zuvor aufgelöst hatte, fanden am 20. Oktober Parlamentswahlen statt, die jedoch von allen ernstzunehmenden Oppositionsparteien boykottiert wurden. Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtete diese Wahlen als Farce. Die sechste Republik beendet ein Jahrzehnt politischer Stabilität im Niger und bedeutet einen herben Rückschlag für die demokratische Entwicklung des Landes.¹¹ *Freedom House* stuft Niger als gerade noch „teilweise frei“ ein.

Nigeria

Auch Nigeria wurde von *Freedom House* von *Freedom House* wegen der Konsolidierung der Macht der Regierungspartei *People's Democratic Party (PDP)* und der Beteiligung der Regierung an den konfessionsgebundenen Gewaltausschreitungen im Juli 2009 mit einem Abwärtstrend bewertet. Vom 26. bis 29. Juli kam es bei den Kämpfen zwischen der islamistischen Gruppierung *Boko Haram*

¹¹ Für nähere Informationen, siehe Länderbericht KAS vom 17.12.2009, Robert, David und Anja Caspar, „Präsident Tandja verwandelt Niger in eine Fassadendemokratie“.

und staatlichen Sicherheitskräften zu über 700 Toten. *Freedom House* stuft Nigeria als „teilweise frei“ ein.

Die Republik Kongo (Kongo Brazzaville)

Die Republik Kongo wurde von *Freedom House* wegen der Zentralisierungsbestrebungen von Präsident Denis Sassou-Nguesso, der Disqualifizierung von Oppositionskandidaten und der Einschüchterung von Journalisten während der Präsidentschaftswahlen mit einem Abwärtstrend versehen. Offiziell wurde Sassou Nguesso, Präsident des Zentralkomitees der *Parti congolais du Travail (PCT)*, der 1979 vom Militär zum Präsidenten ernannt wurde, durch die Wahlen am 12. Juli für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Die Opposition bezichtigt die Regierung des Wahlbetrugs. Auch der *Congolese Observatory for Human Rights (OCFH)* nannte die Wahllisten „grotesk“. Während 2,2 der 3,6 Millionen Bürger des Kongo offiziell wahlberechtigt waren, liegt die tatsächliche Zahl der Wahlberechtigten vermutlich bei um die 1,6 Millionen. Auch existieren Berichte über die Einschüchterung und Misshandlung von Journalisten im Vorfeld der Wahlen. *Freedom House* stuft die Republik Kongo als „unfrei“ ein.

Sambia

Sambias Bürgerrechte wurden von *Freedom House* wegen einer neuen restriktiven Gesetzgebung gegenüber NGOs zurückgestuft. Der *Non Governmental Organisations Act 2009* wurde im August verabschiedet und schreibt NGOs vor, sich bei einem staatlichen Gremium registrieren zu lassen. Vordergründig gab die Regierung vor, durch das Gesetz die Transparenz und Qualitätskontrolle von NGOs steigern zu wollen. Allerdings stellt sich die Frage nach den wahren Beweggründen für die Gesetzgebung der seit 1991 regierenden *Movement for Multiparty Democracy (MMD)*, die NGOs nun willkürlichen Kontrollen und unnötigen bürokratischer Hürden aussetzt.¹² *Freedom House* stuft Sambia als „teilweise frei“ ein.

Senegal

Der *Bertelsmann Transformation Index* bewertet Senegals Demokratieentwicklung mit einem latenten Abwärtstrend. Historisch sei der Senegal ein Musterbeispiel für Demokratie und Marktwirtschaft in Westafrika gewesen. Trotz des geringen wirtschaftlichen Wachstums blieb die politische Lage lange stabil und nach den Wahlen 2000 kam es zu einem friedlichen Machtwechsel. Die politische Führung verliert jedoch zunehmend an Glaubwürdigkeit und Rückhalt in der Bevölkerung. Der *Bertelsmann Transformation Index* kritisiert die autoritären Züge des Regierungsstils des 83-jährigen Präsidenten Abdoulaye Wade, und die Fraktionskämpfe um seine Nachfolge. Die Senegalesen seien zunehmend mit der Personalisierung der Politik unzufrieden. Zudem werde von externen Partnern die unzureichende Dokumentation der Ausgaben öffentlicher Gelder, einzelne Fälle von Menschenrechtsverletzungen und die Schikanie von Journalisten und der Presse kritisiert. 2001 wurde der Senegal in die Kategorie *least developed country (Ldc)* zurückgestuft, und vor allem die urbane Jugend des Landes sieht sich sehr limitierten Perspektiven gegenüber. *Freedom House* stuft den Senegal als „teilweise frei“ ein.

Südafrika

Südafrika wird von *Freedom House* als „frei“ eingestuft. Der *Bertelsmann Transformation Index* bewertet Südafrikas Demokratieentwicklung 2009 jedoch mit einem klaren Abwärtstrend. Während der Think-Tank den Übergang Südafrikas zur Demokratie noch immer als Erfolgsgeschichte bewertet, kritisiert er den Einfluss der Fraktionskämpfe innerhalb des *African National Congress*

¹² <http://www.zambian-economist.com/2009/07/non-governmental-organisations-act-2009.html>

(ANC) im Vorfeld der Abwahl Tabo Mbekis auf die nationale Politik. Die Polarisierung der Regierung habe Entscheidungsfindungsprozesse zeitweise gelähmt. Der Fall des lange wegen Korruption angeklagten jetzigen Präsidenten Jacob Zuma verdeutlicht zudem die mangelnde Unabhängigkeit der Judikativen von der Regierung. Als eine der bedeutendsten Herausforderungen der demokratischen Konsolidierung bewertet der *Bertelsmann Transformation Index* die Etablierung repräsentativer und effizienter politischer Institutionen. Auch die marktwirtschaftliche Entwicklung Südafrikas bewertet der *Bertelsmann Transformation Index* mit einem Abwärtstrend. Gründe sind hier die konservative Fiskalpolitik der Regierung, die ausufernden aber nicht langfristig tragfähigen Infrastrukturausbauprogramme als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die negativen Auswirkungen des *Black Economic Empowerment (BEE)*, das nur einer kleinen schwarzen Elite zu Gute kommt und in erster Linie zum unnötigen „Mangel“ an qualifizierter Arbeitskraft führt.

Tansania

Der *Bertelsmann Transformation Index* ordnet Tansanias demokratischer Entwicklung einen latenten Abwärtstrend zu. Die letzten Wahlen auf dem Festland 2005 waren frei aber wenig fair, die Wahlen auf Sansibar jedoch weder frei noch fair. Offiziell existiert in Tansania die Gewaltenteilung, die Judikative ist tatsächlich unabhängig, jedoch ineffizient und korrupt. Tansania gehört zu den *least developed countries (Ldc)*. Eigentumsrechte sind offiziell garantiert, durch die korrupte Judikative jedoch nicht wirklich garantiert. Die Opposition kämpft für mehr Meinungsfreiheit und Rechenschaftspflicht der Regierung. Die Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi (kurz CCM, zu Deutsch: „Partei der Revolution“) unterdrückt auf der semiautonomen Inselgruppe Sansibar die Oppositionspartei (und Stiftungspartner) *Civic United Front (CUF)* mit autoritären Mitteln. *Freedom House* stuft Tansania als „teilweise frei“ ein.

Zentralafrikanische Republik

Der Zentralafrikanischen Republik wird vom *Bertelsmann Transformation Index 2010* wegen den bewaffneten Aufständen und der anhaltenden Unsicherheit ein demokratischer Negativtrend zugeordnet. Nach den Kämpfen von 1999–2008 war es zunächst zu Fortschritten im Friedensprozess gekommen, welche sich vor allem in der Gründung des „*inclusive political dialogue*“ – einer Regierung mit Repräsentanten der Rebellengruppen und der Opposition – manifestierten. Schon bald bestätigte sich jedoch die Befürchtung, dass die Kultur der Straflosigkeit durch Amnestiegesetze für die bewaffneten Protagonisten der Kämpfe von 1999–2008 fortgeführt werden würde. Laut *Bertelsmann* existieren zahlreiche Berichte von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der folgenden Aufstände und Repression. Korruption und Nepotismus bestimmen die Politik des Landes. Der international sehr angesehene Premierminister Élie Doté trat im Januar 2008 zurück. *Freedom House* stuft die Zentralafrikanische Republik als „unfrei“ ein.

3.2. Politischer Freiheitsgewinn nach Ländern

Angola

Der *Bertelsmann Transformation Index 2010* verzeichnet für Angola in 2009 eine positive Transformation, wenngleich der Bericht in Frage stellt, inwiefern die Regierung echten demokratischen Reformen tatsächlich verpflichtet ist. Im September 2008 fanden die ersten Wahlen seit 1992 statt. Die *Movimento Popular de Libertação de Angola – Partido do Traballo (MPLA)*, die seit der Unabhängigkeit 1975 Regierungspartei und Mitglied der „Sozialistischen Internationalen“ ist, erhielt 81,64% der Stimmen. Während die Wahlen die Fundamente des angolanischen Regimes nicht grundlegend verändert haben, unterstützen sie laut *Bertelsmann Transformation Index* den anhaltenden Transformationsprozess. Die Jahre 2007 und 2008 waren von massiven Rekonstruktions-

und Rehabilitationsausgaben der Regierung gekennzeichnet – vor allem in den Provinzen, die lange Zeit vernachlässigt oder von der *União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA)*, welche während des Kalten Krieges im Gegensatz zur MPLA nicht von der UDSSR sondern den USA und Südafrika unterstützt wurde, dominiert worden waren. Allerdings sind diese Maßnahmen auch als Wahlpolitik zur Befriedigung der MPLA Wähler zu verstehen – eine Strategie, die mit Hinblick auf das Wahlergebnis sehr erfolgreich war. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Regierung tatsächlich an der Etablierung einer Mehrparteiendemokratie interessiert ist. *Freedom House* stuft Angola als „unfrei“ ein.

Burundi

Burundi wurde von *Freedom House* wegen der Integration der letzten Rebellengruppe, einer Fraktion der *Forces nationales de Libération (FNL)* und der Etablierung einer unabhängigen Wahlkommission mit einem Aufwärtstrend bewertet und als „teilweise frei“ eingestuft.

Togo

Togos Bürgerrechte wurden von *Freedom House* hoch gestuft, da die *Truth and Reconciliation Commission* ihre Arbeit zur Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen aufnahm. *Freedom House* stuft Togo als „teilweise frei“ ein. Auch der *Bertelsmann Transformation Index* ordnet Togos demokratischer Entwicklung einen klaren Aufwärtstrend zu. Der *Bertelsmann Transformation Index* beschreibt die Wahlen 2007, die relativ frei, transparent und gewaltfrei verlaufen sind, als Wendepunkt in Togo's jüngster Geschichte. Seitdem existiert eine ernstzunehmende parlamentarische Opposition. Der Demokratisierungsprozess ist jedoch noch weit von echter Konsolidierung entfernt, und die Republik kann laut des *Bertelsmann Transformation Indexes* bestenfalls als „defekte Demokratie“ eingestuft werden. Die Regierung bemüht sich um Reformen in den Kerngebieten Gesundheit und Bildung, und investiert vermehrt in die Infrastruktur des Landes. Sowohl das administrative, als auch das Rechtssystem unterliegen Reformbestrebungen. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen 2010 werden vom *Bertelsmann Transformation Index* als Demokratietest bewertet. Zu überwinden gilt es vor allem die grassierende Korruption, den politische Einfluss des Militärs und die wirtschaftliche und soziale Macht der Präsidentenfamilie und der regierenden Elite.

Liberia

Der *Bertelsmann Transformation Index 2010* verzeichnet in Liberia Fortschritte hin zu demokratischer Transformation, obgleich die Ergebnisse ob der anhaltenden Herausforderungen sehr limitiert sind. Er stuft Liberia als „teilweise frei“ ein. Seit ihrem Amtsantritt im Januar 2006 haben Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf und ihre Regierung begonnen, eine ehrgeizige Reformagenda für Nachkriegsliberia zu implementieren. Diese Agenda beinhaltet die Revitalisierung der Wirtschaft, die Reform von staatlichen Institutionen, Korruptionsbekämpfung und den verbesserten Zugang der Bevölkerung zu öffentlichen Gütern. Diese Bestrebungen wurden mit externen Krediten vom IMF und anderen Entwicklungspartnern honoriert. Der *Bertelsmann Transformation Index* sieht weiteren Reformbedarf, vor allem bei der Reetablierung der Gewaltenteilung und einer grundlegenden Reform des Justizsystems. Auch ist der Transformationsprozess in Liberia stark von der anhaltenden Präsenz der UNMIL Streitkräfte abhängig.

Malawi

Die politischen Rechte in Malawi wurden von *Freedom House* wegen fairer und wettbewerbsfreundlicherer Wahlen hoch gestuft. Am 19. Mai 2009 wurden allgemeine Wahlen abgehalten. Präsident Bingu wa Mutharika kandidierte für seine Wiederwahl. Sein Hauptherausforderer war John Tembo, Präsident der vormaligen Einheitspartei *Malawi Congress Party (MCP)*. Mutharika

wurde mit rund 2/3 der Stimmen im Amt bestätigt. Die 2005 von ihm gegründete *Democratic Progressive Party (DPP)* ist Mitglied der „Liberalen Internationalen“. EU-Beobachter kritisierten jedoch die mangelnde Neutralität der Medien während der Wahlkampfzeit. *Freedom House* stuft Malawi als „teilweise frei“ ein.

Simbabwe

Die politischen Rechte in Simbabwe wurden von *Freedom House* wegen der Bildung der Regierung der Nationalen Einheit von katastrophalen 7 auf 6 Punkte hoch gestuft. Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März 2008 kam es zu Unruhen und brutaler Unterdrückung der Opposition durch Robert Mugabe und seiner *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front ZANU (PF)*. Die Umstände in Simbabwe verbesserten sich etwas, nachdem Oppositionsführer der MDC Morgan Tsvangirai unter der Unity Government als Premierminister ernannt wurde. Robert Mugabe verblieb jedoch im Präsidentenamt und seine Sicherheitskräfte verfolgen und foltern noch immer Anhänger der Opposition. Der verfassungsgebende Prozess geht nur äußerst schleppend voran.

Als „frei“ wurden 2009 von *Freedom House* nur Benin, Botswana, Ghana, Namibia, Mali und Südafrika eingestuft.

4. Pressefreiheit

Bedenklich ist auch die negative Entwicklung der Pressefreiheit in Subsahara-Afrika in den letzten Jahren. Zwar werden die Gefahren für und die Mordraten an Journalisten in der Region im Allgemeinen noch immer niedriger eingestuft als in anderen Regionen (Irak und Mexiko führen die Liste an), doch der Think-Tank *Africa Confidential* gibt an, dass es gefährlicher und auch teurer wird in Afrika wahrheitsgetreuen und unabhängigen Journalismus zu betreiben. Die Mordrate an Journalisten steigt rapide und Regierungen und korrupte Firmen erheben zunehmend Anklage wegen Diffamierung oder erlassen drakonische Mediengesetze, um den unabhängigen Journalismus auszuschalten.¹³ Das *Committee to Protect Journalism (CPJ)* hält Somalia für den gefährlichsten Ort für Journalisten in Afrika. Politische Machthaber, die politischen und gesellschaftlichen Pluralismus ablehnen, greifen vor allem in Somalia und im Ost-Kongo Journalisten an. Auch die Online Presse und Internet Blogs sehen sich zunehmend unter Beschuss. Äthiopien blockt seit den umstrittenen Wahlen 2005 zunehmend Internetseiten mit Meldungen über Politik und Menschenrechtsverletzungen.

Allein im ersten Quartal 2009 wurden fünf afrikanische Journalisten ermordet – unter ihnen der Kenianer Francis Nyariru. Kenias Presse galt lange als frei und stabil, doch seit der Sperre von *life* Berichterstattungen im Zusammenhang mit den Gewaltausschreitungen nach den Wahlen im Dezember 2007 zensiert sich die kenianische Presse selbst. In Uganda erließ Präsident Yoweri Museveni schon 2002 den *Suppression of Terrorism Act*, der Nachrichten, welche angeblich den „Terrorismus fördern“ kriminalisiert und Journalisten vor Gericht zwingt ihre Quellen offen zu legen. Die *Uganda Communications Commission (UCC)* filtert Radio Webseiten im Internet. Andre Mwenda, der 2008 den *CPJ International Press Freedom Award* gewann, wurde im April 2009 in Uganda verhaftet und der Volksaufhetze und Verleumdung angeklagt.¹⁴ Auch in Südafrika wurden im Januar 2010 Journalisten des Radiosender eTV dazu gezwungen die Identität mutmaßlicher Krimineller,

¹³ *Africa Confidential*, Vol. 50 N.7, 03 April 2009.

¹⁴ *Africa Confidential*, Vol. 50 N.7, 03 April 2009.

die in einem Interview von den geplanten Verbrechen während der Fußballweltmeisterschaft 2010 berichteten, preiszugeben.

5. Wirtschaftliche Freiheit

Die Schwäche politischer Institutionen wird durch die wirtschaftlichen Probleme des Kontinents fast noch in den Schatten gestellt. Was ihre sozi-ökonomische Entwicklung angeht, sind die meisten der Staaten in der Region von massiver Armut und sozialer Ausgrenzung gekennzeichnet. Nur in Botswana, Ghana, Mauritius und Südafrika ist die Lage weniger dramatisch. Vor allem vor dem Hintergrund des doch beachtlichen Wirtschaftswachstums der Region in den letzten Jahren, ist diese Bestandaufnahme desillusionierend.¹⁵ Subsahara-Afrika schnitt nach dem *Index of Economic Freedom 2010* der *Heritage Foundation* in sieben der zehn Kategorien, mit deren Hilfe wirtschaftliche Freiheit gemessen wird, weltweit am schlechtesten ab.

Fast alle der Länder in der Region werden dem *Index of Economic Freedom 2010* nach als entweder „hauptsächlich unfrei“ oder „unfrei“ eingestuft. Eritrea verzeichnete nach dem *Index of Economic Freedom 2010* den größten Rückgang an ökonomischer Freiheit. 18 der Volkswirtschaften in der Region werden als „unfrei“ oder „unterdrückt“ bewertet. Einen Lichtblick bietet Mauritius. Der Inselstaat wird zu den 20 freisten Wirtschaften der Welt gezählt. Botswana ist die einzige andere Wirtschaft in der Region, die als „hauptsächlich frei“ eingestuft wird. Der *Bertelsmann Transformation Index 2010* bewertet auf marktwirtschaftlicher Ebene Südafrika, Kenia und Simbabwe mit einem Abwärtstrend. Eritrea, Liberia, Angola, Malawi, Mosambik und im besonderen Masse Ruanda verzeichneten Fortschritte auf dem Weg zur freien Marktwirtschaft.

Auch dem *International Property Rights Index (IPRI)* nach schneidet Afrika neben Lateinamerika, Zentral- und Osteuropa und Russland am schlechtesten ab. Dies ist wegen der positiven Relation zwischen den IPRI Werten und dem BIP eines Landes besonders bezüglich der Armutsentwicklung in der Region beunruhigend.

6. Fazit

Bei eingehender Betrachtung der Einschätzungen renommierter Think-Tanks kommt man zu dem Schluss, dass dem Erbe Nelson Mandelas als weltweite Symbolfigur für friedlichen politischen Widerstand und Demokratisierung in der Region Subsahara-Afrika nicht oder nur ungenügend Rechenschaft getragen wurde. Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass renommierte Think-Tanks wie *Freedom House*, die *Bertelsmann Stiftung* und die *Heritage Foundation* der Region für das vergangene Jahr eine Negativentwicklung zuschreiben.

Die größte Herausforderung für echte Demokratisierung in Subsahara-Afrika ist die Diskrepanz zwischen den formal-demokratischen Rechtsordnungen und den Versprechungen der regierenden Parteien, und den politischen Realitäten in den Ländern der Region. Die Mehrzahl der Staaten in der Region Subsahara-Afrika werden bezüglich ihrer politischen Freiheit und bürgerlichen Rechte, der Pressefreiheit und der wirtschaftlichen Freiheit als „unfrei“ oder nur „teilweise frei“ eingestuft.

¹⁵http://www.bertelsmann-transformationindex.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Brochure_E_web.pdf

Die Zivilgesellschaft wird in vielen Fällen als Bedrohung der politischen Elite angesehen und Nicht-regierungsorganisationen werden, wie jüngst in Sambia, durch Gesetze in ihrer Versammlungs- und Meinungsfreiheit beschnitten. Ins Auge sticht die Tendenz der Regierenden sich mit allen Mitteln, und nicht zuletzt mit psychischer und physischer Gewalt und Unterdrückung, an ihre Macht zu klammern. Die Gewaltenteilung existiert meist nur auf dem Papier und zunehmend kommt es zu Coup d'Etats, wie in Guinea, oder „Zivilregierungen“ missbrauchen das Militär für ihre Zwecke, wie in Simbabwe. Die Wahlen in der Region sind von massiver Wahlfälschung gekennzeichnet, wie im Niger und der Republik Kongo und in geringerem Maße in Mosambik. Vor allem im Vorfeld von und direkt nach abgehaltenen Wahlen kommt es zunehmend zu gewalttätiger Repression von Seiten der Regierungen. Dies unterstreicht wiederum den Mangel an integren Eliten, den Mangel an politischen und zivilgesellschaftlichen Korrektiven und die obsessive, personalisiert Machtpolitik der Eliten.

Aufgrund des Mangels wirtschaftlicher Freiheit und dem ungenügenden Schutz von Eigentumsrechten verharrt der Großteil der Bevölkerung in Armut und ist in erster Linie mit dem Versuch beschäftigt seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Dies lässt wenige Kapazitäten für politisches Engagement und die Übernahme zivilpolitischer Verantwortung frei. Die wenigen Positivtrendbeispiele der Demokratieentwicklung in Subsahara-Afrika wie Angola und Liberia bewegen sich auf der untersten Ebene unterschiedlicher Abstufungen von „Unfreiheit“.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in den Bereichen der Stärkung und Verbreitung liberalen Gedankenguts und der Stärkung liberaler Organisationen und demokratischer Institutionen besonders deutlich.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org